

Tschetschenien, Rußland und Europa. (II): Die Reaktion Moskaus auf die Kritik von Europarat und Europäischer Union

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Timmermann, H. (1995). *Tschetschenien, Rußland und Europa. (II): Die Reaktion Moskaus auf die Kritik von Europarat und Europäischer Union*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 34/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45579>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Tschetschenien, Rußland und Europa

Teil 2: Die Reaktion Moskaus auf die Kritik von Europarat und Europäischer Union

Zusammenfassung

Die vorangegangene Aktuelle Analyse (Nr. 33/1995) befaßte sich mit den Überlegungen, die zur Aussetzung der Beratungen über die Mitgliedschaft Rußlands im Europarat sowie zur Verschiebung der Ratifizierung des Handelsabkommens EU-Rußland geführt hatten. Aus Moskaus Sicht schlug der politisch-psychologische Effekt beider Entscheidungen stark zu Buche. Denn damit erlitt die russische Führung einen herben Rückschlag bei dem Bestreben, Rußland als integralen Bestandteil der europäischen Demokratien auszuweisen und Partnerschaftsbeziehungen zur EU als dynamischer Wirtschaftsregion und zentralem Bezugspunkt bei der Neuordnung Europas aufzunehmen. Vor diesem Hintergrund gestand die Moskauer Führung zwar Fehler und Irrtümer bei der Kriegführung ein. Darüber hinaus erkannte sie durch Zulassung einer OSZE-Mission an, daß der Tschetschenienkrieg eine Angelegenheit internationalen Interesses und nicht ausschließlich eine innere Angelegenheit Rußlands ist. Dennoch hielten Exekutive und große Teile der Legislative an der These fest, daß es sich in Tschetschenien um einen gerechten Krieg handelt, der bis zur Vernichtung der Dudajew-Anhänger geführt werden muß. Den Abschluß der Analyse bilden - anhand der Erfahrungen des Tschetschenienkriegs - einige Überlegungen zu der Frage, welche frühzeitigen Signale der Westen Rußland in Zukunft in ähnlich gelagerten Fällen übermitteln könnte.

Ein politisch-psychologischer Rückschlag

Die vorangegangene Aktuelle Analyse (Nr. 33/1995) befaßte sich mit Hintergründen und Überlegungen, die zur Aussetzung der Beratungen über die Mitgliedschaft Rußlands im Europarat (ER) sowie zur Verschiebung der Ratifizierung des Handelsabkommens Rußlands mit der Europäischen Union (EU) geführt hatten. In beiden Fällen war es weniger die materielle Seite, durch die sich die Führung in Moskau getroffen sah. Auch ein rasches Wirksamwerden des Interimsabkommens zum Partnerschaftsvertrag mit Brüssel hätte die Handelsbeziehungen EU-Rußland kurzfristig nicht wesentlich stimuliert. Viel gravierender schlug aus Moskauer Sicht der *politisch-psychologische* Effekt zu Buche, den das Aussetzen der anvisierten Abmachungen mit ER und EU für das Land mit sich brachte.¹ Denn damit erlitt die russische Führung einen herben Rückschlag bei dem Bestreben, Rußland als integralen Bestandteil der europäischen Demokratien auszuweisen und Partnerschaftsbeziehungen zur EU als dynamischer Wirtschaftsregion und zentralem Bezugspunkt bei der Neuordnung Europas aufzunehmen.

Zunächst war die russische Führung offenbar davon ausgegangen, daß der Westen den Krieg in Tschetschenien als innere Angelegenheit Rußlands betrachten und nicht zum Anlaß für öffentlichen Protest oder gar Druckausübung nehmen würde. Tatsächlich hatte sie dazu einigen Anlaß, da die meisten westlichen Politiker zu Beginn des Konflikts entsprechende Positionen bezogen. In der regierungsnahen Moskauer Presse wurde dies - auch gegenüber der kritischen Opposition im eigenen Lande - als Billigung des russischen Vorgehens durch den Westen ausgelegt.²

Später, als mit dem Sturm auf Grosnyj aller Welt die massiven Menschenrechtsverletzungen sichtbar wurden, modifizierte Moskau seine Taktik: Im einzelnen wurden "ernste Fehler und Irrtümer" bei der Kriegführung eingestanden, insbesondere bei der Wahl der Mittel zur Konfliktbeilegung. Die Gespräche mit Vertretern der OSZE sowie die Zustimmung zur Entsendung einer OSZE-Delegation nach Grosnyj bedeuten darüber hinaus die Anerkennung der Tatsache, daß der Tschetschenienkrieg keine rein interne Angelegenheit Moskaus ist, sondern - angesichts der internationalen Verpflichtungen Rußlands - die Staatengemeinschaft insgesamt betrifft. In der Sache jedoch blieb die russische Führung hart: Sie beharrte auf ihrem Recht, jeglichen Widerstand gegen die russische "Ordnungsmacht" zu brechen und erst danach eine politische Lösung zu suchen.

Besonders lästig in der Auseinandersetzung mit dem Westen waren der Moskauer Führung die Vertreter der kritischen Opposition im eigenen Lande. Das betraf nicht nur den Menschenrechtler Kowaljow, der die Welt durch sein mutiges Verhalten in Grosnyj auf die barbarische Kriegführung Rußlands in Tschetschenien aufmerksam machte und später durch sein Auftreten in Straßburg maßgeblich zur Verschiebung der Aufnahme Rußlands in den Europarat beitrug.³ Darüber hinaus galt das auch für Politiker wie Gajdar und Juschenkow, die den Westen zu einer entschlossenen Antwort auf das Moskauer Vorgehen aufforderten. Diese Politiker und die hinter ihnen stehenden Kräfte einschließlich der kritischen Medien seien "mehr auf den Westen orientiert als auf die Interessen des eigenen Volkes", hieß es in der Regierungspresse. Durch ihr Auftreten "schaden sie auf internationaler Ebene den nationalen Interessen des Landes, indem sie den Westen gegen Rußland aufhetzen".⁴

Positionen wie diese deuten auf die Gefahr einer Rückkehr zu überkommenen Denkweisen und Verhaltensmustern. Sie laufen darauf hinaus, Kritik an der Regierung rasch als antinational und volksfeindlich zu diskreditieren. Solche Positionen demonstrieren aber auch, daß die Reaktionen des Westens die russische Führung nicht gleichgültig lassen. Das unterstreichen die Bemühungen Moskaus, Entscheidungen von Europarat und Europäischer Union zur Verschiebung ihrer vorgesehenen Vereinbarungen mit Rußland zu verhindern.

¹ Vgl. hierzu V. Nikonov, *Meždunarodnoe izmerenie Ėeëni*, in: *Nezavisimaja gazeta* (Moskau), 12.1.1995.

² Vgl. die entsprechende Zusammenstellung von Reaktionen westlicher Regierungen, in: *Rossijskaja gazeta* (Moskau), 14.12.1994, sowie ausführlich V. Simonov, *Portret na fone Ol'stera*, ebenda, 6.1.1995.

³ Seine Rede: *Rossii nužny i podderžka, i davlenie*, in: *Novoe Vremja* (Moskau), Nr. 6/Februar 1995, S. 22-24.

⁴ V. Kuzneëvskij, *Krizis raskolol moskovskij isteblišment*, in: *Rossijskaja gazeta*, 11.1.1995.

Moskauer Dokumente für den Europarat

Die Straßburger Delegation der Russischen Föderationsversammlung, der Mitglieder aller Fraktionen angehörten, war mit Dokumenten gut ausgerüstet, als es Ende Januar 1995 um die Aufnahme Rußlands in den Europarat ging. So legte sie der Parlamentarischen Versammlung einen von Präsident Jelzin, dem Dumavorsitzenden Rybkin, dem Föderationsratvorsitzenden Schumeiko und Ministerpräsident Tschernomyrdin unterzeichneten Brief vor, in dem auf 30 Seiten versucht wird, auf Fragen des Europarats zur Rechtssituation in Rußland Antworten zu geben.¹ Wahrscheinlich wäre die Tatsache, daß die Antworten oft ungenau und allgemein gehalten waren, unter normalen Umständen kein Hindernis für die Aufnahme Rußlands gewesen, da sich hierfür vor Tschetschenien ein Konsens im ER abgezeichnet hatte. Gravierender war der Umstand, daß der Brief den Tschetschenienkrieg *mit keinem Wort erwähnte* und daher auf die ER-Parlamentarier nur geringen Eindruck machte.

In aller Eile schob die russische Delegation deshalb ein Dokument nach, in dem sie aus ihrer Sicht auf 13 Seiten Hintergründe und Ursachen des Tschetschenienkonflikts schilderte und um Verständnis für die Militärintervention warb.² Darin werden zwar Fehler Rußlands bei der Konfliktlösung anerkannt, doch wird im übrigen die gesamte Schuld für die Fehlentwicklungen und das Scheitern von Verhandlungen auf die Dudajew-Regierung geschoben (die ihrerseits seit ihrer Machtübernahme im Herbst 1991 tatsächlich zunehmend autoritäre und repressive Züge annahm, starre Positionen bezog und an der dramatischen Eskalation von Konfrontation und Gewalt gewiß mitschuldig war). Den Abschluß des Dokuments bildet eine wahres Horrorszenario: Hätte Rußland die Sezession Tschetscheniens hingenommen, so hätte dies den Zerfall des Landes bedeutet. Dabei verwiesen die russischen Abgeordneten warnend darauf, daß ein zerfallender Nuklearstaat mit unkontrollierten Regionen die eigentliche Bedrohung für Frieden und Demokratie darstellten, nicht aber ein einheitliches Rußland.

Die einseitige und überzogen dramatisierte Darstellung von Ursachen und Hintergründen des Tschetschenienkriegs machte auf die Straßburger Parlamentarier weit weniger Eindruck als der Appell Kowaljows, die Aufnahme Rußlands in den Europarat vorerst zu verschieben. Daran änderte auch der Hinweis des russischen Delegationsleiters Lukin wenig, wonach "die Ereignisse in Tschetschenien bei all ihrer Kompliziertheit die hinreichend starken demokratischen Grundlagen im russischen Parlament, in der öffentlichen Meinung des Landes und in der Presse zum Vorschein gebracht hätten".³ Dieser Hinweis ist allerdings ein eindrucksvolles Indiz für die schwierige Lage, in die die Exekutive Vertreter der Legislative bei der Wahrnehmung russischer Interessen im Ausland bringt.

Kritik an der Europäischen Union

Unangenehm überrascht wurde die Moskauer Führung von der Entscheidung der EU-Gremien, wegen der brutalen Art der russischen Kriegführung in Tschetschenien die Unterzeichnung des Interimsabkommens zum Vertrag über Partnerschaft und Kooperation zu verschieben. Außenminister Kosyrew erklärte die Verknüpfung von Politik und Wirtschaft wiederholt für unzulässig - ungeachtet der Tatsache, daß auch das Interimsabkommen ein entsprechendes Junktim enthält, das Rußland zur Beachtung der Menschenrechte verpflichtet.⁴

Andere Regierungsmitglieder äußerten die Vermutung, für die EU sei der Tschetschenienkrieg nur ein Vorwand, um die Unterzeichnung des Dokuments zu verzögern. Das Problem bestehe darin - so

¹ H. Hausmann, Mitgliedschaft auf Eis, in: Europäische Zeitung (Bonn), Nr. 3/März 1995, S. 1.

² Dazu ausführlich K.F., Russische Parlamentarierdelegation rechtfertigt das Vorgehen in Tschetschenien, in: FAZ, 2.2.1995. Zur Relativierung der im Dokument vorgebrachten Argumente vgl. ausführlich G. Mangott, Rußlands Feldzug gegen Tschetschenien. Rückkehr zu autoritärer Ordnung?, Arbeitspapier des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (Laxenburg), Nr. 6/1995.

³ Itar-Tass, 30.1.1995.

⁴ Hierauf verweist ausdrücklich A. Portanskij, Krizis osložnjaet otnošenija s Evrosojuzom, in: Finansovye izvestija (Moskau), Nr. 1, 12.1.1995.

O. Dawydow, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Außenhandelsbeziehungen -, daß das Interimsabkommen Rußland eine Reihe von Vorteilen im Handel mit der EU verschaffe, indem es ihm die europäischen Märkte weiter öffne und zahlreiche Handelsbarrieren beseitige. Das habe auf seiten des Vertragspartners nicht überall Anklang gefunden. Besonders negativ habe sich für die Interessen Moskaus die Übernahme der EU-Präsidentschaft durch Frankreich ausgewirkt, für das Rußland "Konkurrent Nr. 1" im Handel mit Aluminium, Nuklearmaterial und einer Reihe anderer Güter sei.¹ All dies war ganz offensichtlich ein Ablenkungsmanöver von Teilen der russischen Führung: Zwar hatte die EU - und gerade auch Frankreich - mit Rußland hart über die Details des wechselseitigen Handels gerungen, doch gab es nach Abschluß der Verhandlungen im Juni 1994 keinerlei Anzeichen dafür, daß die EU von ihren Verpflichtungen abrücken wollte.

Die Staatsduma ihrerseits leistete der Exekutive mehrheitlich Rückendeckung. Besonders engagiert zeigte sich dabei der Dumavorsitzende Rybkin, der als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats zugleich fest in die Entscheidungsbildung der Führung eingebunden ist. In ihrer Antwort auf die Entschliebung des Europa-Parlaments vom 19. Januar 1995 begrüßte die Duma zwar das Interesse des EP an Tschetschenien sowie an einer politischen Regelung des Konflikts. Zugleich erhob sie jedoch eine Reihe prinzipieller Einwände, die sich so zusammenfassen lassen:

1. Manche Darlegungen in der EP-Entschliebung könnten als Versuch zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands verstanden werden; 2. Die russischen Truppen kämpfen nicht gegen eine nationale Minderheit, wie es in der EP-Entschliebung heißt, sondern gegen organisierte bewaffnete Formationen auf dem Territorium der Russischen Föderation; 3. Bedauerlicherweise unterstützt das EP die Positionen nur eines Teils der russischen Parlamentarier. Das ist besonders unangemessen, zumal die Duma insgesamt immer wieder für eine politische Lösung des Tschetschenienkonflikts eintrat; 4. Die Staatsduma ist der Ansicht: Die Verschiebung der Unterzeichnung des Interimsabkommens ist der schwierigen Situation ebenso unangemessen wie die Aussetzung des Ratifizierungsprozesses für den Vertrag über Partnerschaft und Kooperation.² Eine andere Position bezog W. Lukin, der Vorsitzende des Duma-Komitees für internationale Angelegenheiten: Man könne weinen oder zornig werden, doch man könne das Vorgehen des Westens auch verstehen, betonte Lukin: "Denn Rußland ist im Rahmen der OSZE die Verpflichtung eingegangen, sich auf bestimmte Weise zu verhalten."³

In der Antwort der Staatsduma auf den Appell des Europa-Parlaments wird deutlich, daß die Gegensätze zwischen Russen und Europäern auch auf parlamentarischer Ebene nicht ausgeräumt werden konnten. Insbesondere bezieht sich dies auf Inhalt und Zeitpunkt einer "politischen Lösung" des Konflikts, für die sich formal beide Seiten einsetzen. Sollen die Dudajew-Anhänger in die Verhandlungen einbezogen oder müssen sie vernichtet werden? Soll eine politische Lösung sofort oder erst nach Ausschaltung der letzten Widerstandsnester eingeleitet werden? Die Antwort Rybkins an C. Krehl, die Leiterin der EP-Delegation für die Beziehungen zu Rußland, ließ keinen Zweifel an der Haltung der Duma-Mehrheit. Auf den Hinweis auf die Unverhältnismäßigkeit der Mittel bei der Militärintervention in Tschetschenien antwortete Rybkin: "Ein Verbrecherregime, das gegen föderale Truppen schwere Waffen einsetzt, bekämpfen wir mit entsprechenden Mitteln." Und auf die Frage, weshalb die föderalen Behörden keine Friedensverhandlungen mit Dudajew führten, entgegnete der Sprecher der Duma: "Mit einigen Leuten können die Verhandlungen nur mit Sondereinheiten geführt werden."⁴ In das gleiche Bild paßt die Abwahl Kowaljows vom Vorsitz der Duma-Menschenrechtskommission am 11. März 1995.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß die EU-Troika auf ihrer Moskau-Mission vom 9. März

¹ Interfax, 20.1.1995, und fast identisch noch einmal Interfax, 6.4.1995. Ganz ähnlich der Stellvertretende Außenminister N. Afanas'ev, zitiert nach L. Velechov, Mjaë otbit na "poloviny polja" Evrosojuza, in: Segodnja (Moskau), 10.3.1995.

² O rezolucii Evropejskogo parlamenta "O situacii v Èeène" ot 19 janvarja 1995 goda, in: Rossijskaja gazeta, 8.2.1995. Vgl. auch B. Šerman, Duma otvergaet upreki Evroparlamenta, in: Segodnja, 28.1.1995. Die ähnlich gerichtete Antwort der Duma auf die erste EP-Entschliebung bei Itar-Tass, 23.12.1995.

³ Interview mit M. Karpov, in: Nezavisimaja gazeta, 14.3.1995.

⁴ Itar-Tass, 21.3.1995.

1995 nur einen Teilerfolg verzeichnen konnte und deshalb trotz herber Kritik Jelzins an ihrer Entscheidung festhielt, das Interimsabkommen vorerst nicht zu unterzeichnen. Immerhin erteilte die russische Führung der Einrichtung einer Ständigen Mission der OSZE in Tschetschenien ihre grundsätzliche Zustimmung.¹ Freilich bleibt abzuwarten, ob eine solche Mission angesichts der offenkundigen Absicht der russischen Führung, den Krieg bis zur Vernichtung jeglichen tschetschenischen Widerstands weiterzuführen, tatsächlich viel bewirken kann.

Einige Schlußfolgerungen

Die europäischen Organisationen ER und EU haben - anders als die meisten Regierungen im Westen - auf den brutalen Vernichtungsfeldzug Rußlands in Tschetschenien rasch und mit konkreten Signalen an Moskau reagiert. Diese Signale haben zwar nicht erkennbar dazu beitragen können, die russische Kriegsmaschinerie in Tschetschenien in ihrer Eigendynamik anzuhalten, nachdem sie einmal in Gang gesetzt worden war. Sie könnten aber in gewissem Umfang zukünftig Entscheidungen der russischen Führung beeinflussen, indem sie dieser die Kosten vor Augen führen, die ähnliche Gewaltaktionen für Rußland mit sich bringen würden. Die Reaktion der Jelzin-Führung auf die Entscheidungen von ER und EU unterstreicht, daß ihr die Reaktion im Westen keineswegs gleichgültig ist. Jede russische Regierung wird nicht nur aus ökonomischen Gründen an Zusammenarbeit mit dem Westen interessiert sein, und "keine russische Führung wird die ungebremsste Selbstisolierung Rußlands gegenüber dem Westen und eine einseitige außenpolitische Orientierung nach Osten zum Programm erheben".²

In diesem Sinne könnte der Westen der russischen Seite nach den Erfahrungen des Tschetschenienkriegs und seinen Folgen gleichsam als Denkanstöße folgende Punkte deutlich machen:

- Rußland hat sich auch im eigenen Land im Hinblick auf Demokratie und Menschenrechte strikt an jene Verpflichtungen zu halten, die das Land im Rahmen von KSZE/OSZE unterzeichnet hat und die der Beitritt zum ER sowie die Ratifizierung des Partnerschafts- und Kooperationsvertrags mit der EU implizieren. Diese Verpflichtungen geben der internationalen Staatengemeinschaft das Recht, im Falle ihrer gravierenden Verletzung kritische Nachfragen an Rußland zu richten, Beobachtermissionen zu entsenden und ggf. sogar abgestufte Sanktionen zu ergreifen (Beispiel: Aussetzung des Partnerschaftsvertrags EU-Rußland). Die anvisierte gesamteuropäische Friedensordnung kann nicht auf Unterdrückung und Verletzung der Menschenrechte gründen.
- Die Europäer werden auch im Falle gravierender Divergenzen die Beziehungen zu den Verantwortlichen in Rußland weiterpflegen. Sie werden aber die Unterstützung für die Reformprozesse mit Druck auf jene Kräfte verbinden, die nach innen und außen Restauration betreiben (Beispiel: Verschiebung des Beitritts zum Europarat). Damit folgen sie einer Anregung Kowaljows, der in Straßburg an eine analoge Empfehlung Sacharows erinnerte.³
- Die Europäer werden Kontakte auch zu solchen Regierungen und Parlamenten in Rußland halten, die eingegangene internationale Verpflichtungen auf den Gebieten Demokratie und Menschenrechte schwerwiegend verletzen. Zugleich werden sie aber verstärkt Solidarität mit der kritischen Reformopposition üben und dieser Gelegenheit geben, ihre Positionen vor repräsentativen Gremien und Organisationen des Westens zu vertreten (Beispiel: Kowaljow in Straßburg und Bonn; auch das EP hatte ihn in seinen Entschlüssen eingeladen). Keinesfalls werden westliche Parlamente der Aufforderung Rybkins folgen, in ihren Appellen an Rußland in ausgewogener

¹ Vgl. Itar-Tass und Interfax, 9.3.1995, sowie L. Belechov, Kozyrev prizval prevratit' "čëčenskiju situaciju" v "katalizator rossijskich reform", in: Segodnja, 10.3.1995.

² So G. Simon, Der Krieg in Tschetschenien - Folgen für Rußland. Fünf Thesen, Aktuelle Analysen des Bundesinstituts, Nr. 7/1995, S. 5.

³ A.a.O., S. 23. Ähnlich die EP-Abgeordnete C. Krehl nach ihrem Besuch in Moskau und Tschetschenien, vgl. Neobchodimo političeskoe davlénie na El'cina, in: Nezavisimaja gazeta, 25.3.1995, sowie Itar-Tass, 24.3.1995.

Weise die Positionen aller relevanten Duma-Gruppierungen - also auch diejenigen, die für gewaltsame Konfliktlösung eintreten - zu berücksichtigen.

- Der Westen wird sich im Falle massiver Menschenrechtsverletzungen in Rußland nicht zum Kronzeugen für vorgeblich korrektes Verhalten Moskaus machen lassen, denn dies käme einem Anreiz für weitere Verletzungen international vereinbarter Normen und Abmachungen gleich. Vielmehr wird er die Probleme im Zeichen einer echten Partnerschaft beim Namen nennen: "Diplomatische Rücksichtnahme auf Moskauer Empfindlichkeiten aus alten Sowjetzeiten ist unter den heutigen Bedingungen

nicht nur verfehlt, sondern kontraproduktiv.¹ Es ist nicht der Westen, der durch seine feste Haltung Rußland isoliert. Vielmehr läuft Rußland Gefahr, aus seinem politisch und ökonomisch geschwächten Großmachtstatus heraus Sonderrechte zu beanspruchen und daraus Handlungsoptionen abzuleiten, durch die sich das Land schließlich selbst isoliert.

- Der Westen wird weiterhin bestrebt sein, Rußland an internationale Organisationen heranzuführen. Das darf jedoch nicht zur Folge haben, daß deren Glaubwürdigkeit und Identität gefährdet werden. Die Politik der Einbindung hat dort ihre Grenzen, wo sie das Fundament gemeinsamer westlicher Werte zerstört. Es liegt an Rußland selbst, seine Fähigkeit zur Partnerschaft mit europäischen Organisationen wie ER und EU zu untermauern. Eine solche Partnerschaft schließt selbstverständlich Unterschiede in der politischen Kultur, im Wirtschaftssystem und im sozialen Leben mit ein.

Partnerschaft erlaubt und verlangt eine klare Sprache. Diese und ähnliche Signale an Moskau könnten dazu beitragen, das Verhalten des Westens für Rußland berechenbarer zu machen. Dies wiederum könnte sich auf russischer Seite in einem geschärften politischen Verantwortungsbewußtsein niederschlagen, da sich Kosten und Nutzen eigenen Handelns besser berechnen lassen. Rußland muß wissen, welche Konflikte kompromißfähig sind und wann vitale westliche Interessen verletzt werden. Gewiß, Tschetschenien ist nicht das Ende der Geschichte, wie im Westen gelegentlich beschwichtigend angemerkt wurde. Doch würde der Westen in Fällen wie Tschetschenien seine legitime Funktion als Widerpart vernachlässigen, so könnte die Geschichte einen ungünstigen Verlauf nehmen.

Heinz Timmermann

¹ So H. Vogel, Optionen westlicher Politik nach der Tschetschenien-Krise, Aktuelle Analysen des Bundesinstituts, Nr. 8/1995. Ähnlich D. Vernet, Persévérance russe et indulgence occidentale, in: Le Monde (Paris), 25.1.1995.